

Rede der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern zur Nachttanzdemonstration ‚Gegen den Ausverkauf der Stadt‘ am 29.05.2015

In Kaiserslautern setzen sich seit einiger Zeit Menschen für die Schaffung eines selbstverwalteten unkommerziellen Kulturzentrums ein. Weiterhin fordern wir, Leerstände für soziale und kulturelle Belange zu nutzen.

Als Anarchistische Initiative beteiligen wir uns daran, weil wir einsehen, dass die Fragen, wie wir leben und wohnen, nicht von der Gestaltung der Stadt zu trennen sind. Wenn mögliche Rendite über die Zukunft ganzer Stadtviertel entscheiden, dann betrifft dies vor allem die Lohnabhängigen, und unter diesen in erster Linie die, welche ohnehin schon am stärksten benachteiligt sind: Prekär Beschäftigte, Erwerbslose und migrantische Arbeiter_innen. In vielen deutschen Großstädten wurden und werden ganze Bevölkerungsschichten aus den Urbanen Zentren gedrängt – die Stadtzentren mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Teilhabe stehen dann nur noch jenen zur Verfügung, die sich eine entsprechend teure Wohnung leisten können.

Die hohe Zahl der Leerstände in Kaiserslautern ist nicht zu übersehen. Häuser und Räume sind Spekulationsobjekte geworden, d. h. die Immobilienfirmen und Eigentümer warten, bis der Marktpreis steigt, um dann aus Verkauf oder Vermietung einen höheren Gewinn zu erzielen. Die meisten Objekte dienen also privaten Profitinteressen. Bei öffentlichen Gebäuden sieht es nicht besser aus: Ihre Zahl sinkt, da die hohe Verschuldung der Kommune dazu führt, dass viele städtische Gebäude verkauft und damit privatisiert werden. Eine soziale oder kulturelle Nutzung ist damit ausgeschlossen. Stadtplanung findet meist nur profitorientiert statt. Ein Beispiel hierfür ist u. a. Die neue Shopping-Mall ‘K in Lautern’ im Herzen der Stadt. Öffentliche Gelder in Millionenhöhe wurden in die Infrastruktur um die Mall investiert, da sich Steuereinnahmen erhofft werden. Währenddessen befinden sich beispielsweise die Häuser im Kalkofen in katastrophalem Zustand und die städtischen Jugendzentren sind ständig von der Schließung bedroht. **Wir sagen: Nein zum Ausverkauf der Stadt!**

Die BewohnerInnen einer Stadt haben kaum Einfluss auf ihre Planung und Gestaltung. Selbst dann, wenn Bürger mit Befragungen oder ‘Ideenwettbewerben’ beteiligt werden sollen, sind die Möglichkeiten von sogenannten Sachzwängen begrenzt und werden nur wenige Menschen wirklich einbezogen; nämlich jene, die genügend Zeit und sonstige Ressourcen – z. B. Informationen und Wissen – besitzen, um sich einbringen zu können.

Es ist kein Zufall, dass die Gestaltung unserer Stadt größtenteils von Investoren und Bürokraten geprägt wird. Solange Profitinteressen zu Sachzwängen erklärt und von hierarchischen staatlichen Strukturen durchgesetzt werden, wird sich am Bild der Stadt nichts wesentlich zum besseren ändern. Wir wollen keine Stadt für Reiche, Bildungseliten und Konsumenten – wir wollen eine Stadt für Alle!

Es ist ein Skandal, dass Häuser und Räume wie Waren behandelt werden. Der noch größere Skandal ist, dass sie im Kapitalismus genau das sind. Waren, mit denen Profit erzielt werden soll. In Zeiten der kapitalistischen Krise strömt verstärkt Kapital in Immobilien, wo noch relativ sicher Rendite zu erzielen ist. Das treibt die Kosten für Wohnraum in die Höhe, sowohl die Immobilienpreise, als auch die Mieten. Das geht zulasten der Menschen, die darin leben und wer nicht zahlen kann, wird verdrängt. Als Mieterinnen und Mieter ist es uns egal, ob die Banken in der Krise stecken oder die Kommune sich umgestalten will. Es geht um unsere Nachbarschaft, unsere Lebensbedingungen und

unsere Stadt. Der Kapitalismus gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Besser heute als morgen. Zusammen können wir uns wehren, lasst euch nichts gefallen und schließt euch zusammen. **Das Problem heißt Kapitalismus!**